

Richtlinie des Landkreises Mainz-Bingen über die nachhaltige Sicherung des Ehrenamtes und die Förderung der Bürgergesellschaft in Ortsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, Städten und Verbands- gemeinden des Landkreises Mainz-Bingen (Ehrenamtsförderrichtlinie)

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 05.12.2016 folgende Richtlinie beschlossen:

§ 1 Förderziel und –volumen

Der Landkreis fördert in Wahrnehmung seiner Ergänzungs- und Ausgleichsaufgabe nachhaltige Projekte und Einrichtungen ehrenamtlicher Initiativen in den Ortsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Städten des Landkreises Mainz-Bingen und darüber hinaus auch nachhaltige Projekte und Einrichtungen ehrenamtlicher Initiativen auf Ebene der kreisangehörigen Verbandsgemeinden, die auf die Förderung von Bildung und Erziehung gerichtet sind, mit insgesamt 1 Mio. € im Jahr 2017.

§ 2 Förderfähigkeit

Förderfähig sind

- Projekte und Einrichtungen in Ortsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und Städten des Landkreises, die ehrenamtliches Engagement ermöglichen oder auf dem Weg zur Bürgergesellschaft verantwortliche und ehrenamtliche Mitarbeit der Bürgerschaft nachhaltig sichern. Insbesondere förderfähig sind Projekte, die ökologisch, ökonomisch, sozial nachhaltig sind und Bildungsaspekte berücksichtigen

sowie in Verbandsgemeinden

- Projekte und Einrichtungen ehrenamtlicher Initiativen, die auf Förderung von Bildung und Erziehung gerichtet sind.

Zum Zeitpunkt der Bewilligung darf mit der Maßnahme noch nicht begonnen worden sein. Die Maßnahmen müssen grundsätzlich ausführungsfähig sein und spätestens ein Jahr nach Bewilligung abgeschlossen werden können. Maßnahmen von Vereinen müssen einen direkten Bezug zum Vereinszweck haben.

Eine Förderung ist nur zulässig, sofern für denselben Zweck andere Zuweisungen nicht gewährt werden können oder der verfolgte Zweck einer Aufgabe dient, die grundsätzlich von anderen Stellen zu finanzieren ist.

Die Ehrenamtsförderung kommt ausschließlich freiwilligen Aufgaben zu Gute, die ehrenamtliches Engagement ermöglichen. Pflichtaufgaben der Verbandsgemeinden, Gemeinden, Kirchengemeinden und Maßnahmenträger sind nicht förderfähig.

§ 3 Zuschusshöhe

Der Zuschuss beläuft sich auf mindestens 50 % und höchstens 75 % der nachgewiesenen förderfähigen Kosten des jeweiligen und zur Bezuschussung angemeldeten Projekts bzw. der Investition zur Förderung ehrenamtlichen Engagements. Die Höhe des jeweiligen Zuschusses richtet sich nach dem Ausmaß der mangelnden Leistungsfähigkeit des Antragstellers und ist auf 20.000 Euro begrenzt. Es gilt eine Förderhöchstsumme je

Antragsteller von 60.000 Euro.

§ 4 Antragsberechtigte

Antragssteller sind:

- Ortsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden und Städte des Landkreises sowie
- Verbandsgemeinden des Landkreises im Falle der Förderung von Bildung und Erziehung,

die wegen ihrer mangelnden Leistungsfähigkeit dauerhaft nicht in der Lage sind, Projekte und Einrichtungen ortsansässiger ehrenamtlicher Initiativen ausreichend zu fördern.

Ob mangelnde Leistungsfähigkeit im Sinne dieser Richtlinie vorliegt, richtet sich insbesondere nach der durchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner der antragstellenden Gebietskörperschaft.

§ 5 Antragsverfahren

Die ehrenamtliche Initiative ist Träger der Maßnahme. Mit Antragstellung erkennen der Maßnahmeträger und der Antragsteller die Förderrichtlinie des Landkreises an.

Bei Baumaßnahmen müssen Maßnahmeträger oder Antragsteller grundsätzlich Eigentümer sein; ausnahmsweise genügt zum Nachweis einer der Förderung angemessener Nutzungsdauer und der dem Förderzweck entsprechenden Nutzung ein langfristiger Erbbaurechts-, Miet- oder Pachtvertrag mit Gegenleistungsverpflichtung im Fall vorzeitiger Auflösung.

Der Maßnahmeträger ist verantwortlich für die Finanzierung und die Durchführung der Maßnahme. Die Maßnahme darf demzufolge nicht im Haushaltsplan der (Verbands-) Gemeinde enthalten sein.

Die Kosten dürfen nicht infolge zu aufwändiger Planung überhöht und daher mit den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit unvereinbar sein.

Mehrere Anträge eines Antragstellers sind mit Angabe einer Priorität in schriftlicher Form (bei Ortsgemeinden über die zuständige Verbandsgemeinde) bei der Kreisverwaltung Mainz-Bingen bis zum 01.09. des Haushaltsjahres zu stellen.

Jeder Antrag bedarf der Zustimmung des Verbands-, Stadt- oder Gemeinderates in öffentlicher Sitzung.

Von jedem Antragsteller sollen höchstens drei (bei den großen kreisangehörigen Städten Bingen am Rhein und Ingelheim am Rhein sechs) Förderanträge gestellt werden. Sofern die Förderhöchstsumme eines Antragstellers mit drei bzw. sechs Anträgen noch nicht erreicht ist und noch Fördermittel zur Verfügung stehen, können darüber hinaus noch weitere Förderanträge bewilligt werden.

Sachlich nicht eng zusammenhängende Maßnahmen dürfen nicht in einem Antrag zusammengefasst werden. Dies betrifft insbesondere Maßnahmen, die unabhängig voneinander förderfähig und ausführbar wären.

Jedem Antrag sind mindestens beizufügen:

- Die genaue Beschreibung und Zielsetzung des Projekts (z.B. Nachhaltigkeit) bzw. der beabsichtigten Investition,
- die Darlegung der mit der Durchführung des Projektes bzw. der Investition entstehenden Kosten,
- der Nachweis der Finanzierung der mit der Durchführung des Projektes bzw. der Investition verbundenen Kosten (Finanzierungsplan),
- eine Erklärung der Initiative, dass Sie in der Lage ist, die Maßnahme vorzufinanzieren,
- Beschlussfassung Verbands-, Stadt-, oder Gemeinderat

§ 6 Bewilligungsverfahren

Auf der Basis der vorliegenden entscheidungsreifen Anträge legt die Kreisverwaltung dem Kreisausschuss eine Empfehlung zur Entscheidung vor. Die bewilligten Mittel werden an die Antragsteller (bei Ortsgemeinden an die zuständige Verbandsgemeindeverwaltung) zur Weiterleitung an die ehrenamtlichen Initiativen nach Abschluss der Maßnahme und Prüfung des Verwendungsnachweises ausgezahlt.

Der Zuschuss ist für die bewilligte Maßnahme zweckgebunden. Zur Anwendung kommt die Richtlinie in der jeweils geltenden Fassung. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht. Die Kreisverwaltung wird ermächtigt, das weitere Verfahren zu regeln.

§ 7 Widerruf

Der Widerruf oder die Kürzung der Bewilligung sowie die Rückforderung gezahlter Fördermittel werden vorbehalten, wenn die Bewilligungsgrundsätze oder zusätzlich mitgeteilte besondere Bedingungen/Auflagen nicht beachtet werden; insbesondere wenn die Bewilligung auf unkorrekten Angaben beruht, Mittel nicht zweckentsprechend verwendet werden oder die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel nicht nachgewiesen wird.

§ 8 Schutzbestimmungen, Haftungsausschluss

Der Maßnahmeträger ist verantwortlich für die Einhaltung einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen (z.B. Landesbauordnung, Denkmalschutzgesetz, Bundesnaturschutzgesetz etc.), behördlicher Anordnungen und von Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften.

Der Landkreis Mainz-Bingen steht nicht für Schäden ein, die aus der Durchführung des geförderten Vorhabens entstehen. Sollte er für solche Schäden haftbar gemacht werden, hält der Bewilligungsempfänger ihn schadlos.

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Richtlinie tritt zum 01.01.2017 in Kraft und endet mit dem 31.12.2017.

Ingelheim am Rhein, den 05.12.2016